

Aus dem Inhalt

Kirchen

Standortschließungen: Bischof Ulrich bietet Seelsorge an

2

Gesellschaft

Zahl der über 80-Jährigen steigt bis 2030 rasant an

5

Soziales

Rentenbeitrag könnte 2012 leicht sinken

12

Kultur

Brandenburg plant Ausstellung zu Sachsen und Preußen

15

Medien

Kulturrat kritisiert Deutsche Welle wegen Kurzwellen-Abschaltung

17

Ausland

Papst ruft zu Solidarität mit Asylsuchenden auf

19

Entwicklung

Die Geburt des Siebenmilliardsten

23

UN: Bevölkerungswachstum erschwert Armutsbekämpfung

25

Impressum

32

Altbischof Huber betont ökumenische Chancen des Reformationsjubiläums

Bonn (epd). Altbischof Wolfgang Huber hat die beiden großen Kirchen ermuntert, weiter auf Zusammenarbeit zu setzen. Das Reformationsjubiläum 2017 enthalte ökumenische Chancen, schreibt Huber in einem Beitrag für die „Zeit“-Beilage „Christ und Welt“. Das Vorhaben der großen Kirchen, Schlüsseltexte der Reformation wie die 95 Thesen oder Martin Luthers Schrift über die Freiheit eines Christenmenschen gemeinsam zu kommentieren, könnten die ökumenische Verständigung fördern, argumentiert der frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Huber unterstützte auch den Vorschlag des EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider, im Blick auf den 500. Jahrestag der Reformation wechselseitige Verletzungen aus der Vergangenheit zu heilen. Als versäumte Chance für die Ökumene wertete der evangelische Theologe den Papstbesuch. Benedikt XVI. habe den Eindruck bestätigt, dass die „Konsens-Ökumene“ der theologischen Gespräche an ein zumindest vorläufiges Ende gekommen sei. „Protestanten werden anerkennen müssen, dass wegen der Amtsfrage eine größere Nähe zwischen den Kirchen auf absehbare Zeit nach menschlichen Maßstäben schwer möglich ist“, folgert Huber. Trotzdem sei Resignation nicht angebracht.

„Wir sollten die Kraft entwickeln, auf große Herausforderungen gemeinsam zu reagieren“, empfiehlt der frühere Berliner Bischof Katholiken und Protestanten. Beide Kirchen setzten sich gemeinsam für die Armen und für die Lebenschancen künftiger Generationen sowie für Menschenrechte ein. Auch könnten sie gemeinsam für Religionsfreiheit eintreten. Wo die unterschiedliche Akzente setzten, etwa in bioethischen Fragen, sollten sie offen über Meinungsverschiedenheiten reden, forderte Huber: „Was wir gemeinsam sagen, gewinnt an Glaubwürdigkeit, wenn wir Diskussionen über Differenzen vorbildhaft führen.“



„Wir brauchen eine Ökumene des Respekts und der Freundschaft“, regte der Theologe an. Dazu gehöre, dass die beteiligten Kirchen einander in ihrem jeweiligen Kirchesein achteten. „Wir müssen eine Sprache überwinden, in der die einen die eigentliche Kirche und die anderen im besten Fall die uneigentliche Kirche sind.“ Aus evangelischer Sicht seien die evangelische und die katholische Kirche Schwesternkirchen.

Kirchen

Standortschließungen: Bischof Ulrich bietet Seelsorge an

Kiel/Berlin (epd). Der Schleswiger Bischof Gerhard Ulrich hat den von den Standortschließungen der Bundeswehr betroffenen Menschen die Hilfe der evangelischen Kirche zugesagt. Die Nordelbische Kirche werde den Menschen mit seelsorgerlichen Angeboten zur Seite stehen, sagte der Vorsitzende der nordelbischen Kirchenleitung am Mittwoch dem epd.

Wie das Verteidigungsministerium am Mittwoch in Berlin mitteilte, sollen bundesweit 31 von insgesamt rund 400 Standorten komplett geschlossen werden. Weitere 90 Kasernen sollen verkleinert werden. gegen die Liste gibt es Widerstand in den betroffenen Ländern und Kommunen. Das Standortkonzept trifft Schleswig-Holstein besonders hart. Dort ist die Schließung von acht Standorten geplant.

Nach Ulrichs Worten habe die Kirche bereits bei früheren Schließungen die Betroffenen begleitet. „Viele von ihnen sind zugleich Gemeindeglieder. Sie alle stehen vor einer ungewissen Zukunft - trotz aller Maßnahmen, die die Sozialverträglichkeit vorsieht und ja auch garantiert“, sagte der Bischof.

Die betroffenen Familien, Vereine und Verbände müssten sich nun neu orientieren, fügte Ulrich hinzu. Kommunen müssten ohne die Bundeswehrstandorte planen. „Das wird wirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich eine große Herausforderung, Einschnitte bekommen alle zu spüren.“ Manches Gewerbe habe sich an den Standorten der Bundeswehr angesiedelt, das nun um seine Existenz bangen muss. Es seien Arbeitsplätze gefährdet weit über die Bundeswehr-Standorte hinaus, äußerte der Bischof. Er warb für einen „solidarischen Zusammenhalt aller Bürger“.

Kasernenschließungen betreffen auch die Militärseelsorge

Frankfurt a.M. (epd). Das Standortkonzept von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) wurde in der evangelischen und katholischen Militärseelsorge mit Spannung erwartet. Die Bundeswehrreform betrifft auch die Organisation der Militärseelsorge. Neben der Verringerung der Bundeswehr auf 185.000 Soldaten

Kirchen

und Aussetzung der Wehrpflicht ist die Standortliste, die der Verteidigungsminister am Mittwoch vorgelegte, ein weiterer Eckpunkt für die künftige Struktur der Streitkräfte: De Maizière will 31 Standorte komplett schließen, in weiteren 90 Kasernen sollen die Dienstposten zum Teil um die Hälfte verringert werden. Danach wird es künftig nur noch 264 Bundeswehr-Standorte geben.

Derzeit gibt es an knapp 100 Bundeswehr-Standorten evangelische Militärseelsorger. Unterstützt von Pfarrhelfern sind sie zumeist für die Soldaten in mehreren Kasernen einer Region zuständig. Auf katholischer Seite gibt es momentan 90 Militärpfarrer an den Standorten.

Das Ziel der evangelischen Militärseelsorge sei es, den Stand an Personal- und Dienststellen nicht erheblich weiter verringern zu müssen, sagt Militärbischof Martin Dutzmann. Eine zu starke Reduzierung würde die Seelsorge in den Streitkräften quantitativ und qualitativ beeinträchtigen. Um die vielfältigen Aufgaben in Seelsorge, Verkündigung und Unterricht erfüllen zu können, brauche die Militärseelsorge diese Mitarbeiter.

Wie zwischen Kirche und Staat vereinbart, wird für je 1.500 evangelische Soldaten ein Militärgeistlicher berufen. Neben den Pfarrämtern in der Fläche gibt es als mittlere Ebene fünf Militärdekanate in den Wehrbereichen und in der Marine. Zentrale Verwaltungsbehörde der Evangelischen Militärseelsorge ist das Kirchenamt für die Bundeswehr in Berlin. Die kirchliche Leitung nimmt der Militärbischof wahr.

Nach Vorlage des Standortkonzeptes könnten Beratungen mit den Dekanaten über mögliche Ortsverlegungen einzelner Militärpfarrämter beginnen, sagte der Sprecher der evangelischen Militärseelsorge, Walter Linkmann: „Wir gehen allerdings nicht davon aus, dass es zu einem Abbau von Pfarrstellen kommen wird.“ Angesichts der Auslandseinsätze der Bundeswehr und der gestiegenen Anforderungen durch den lebenskundlichen Unterricht, den die Militärpfarrer erteilen, sei die Militärseelsorge schon jetzt relativ knapp mit Pfarrämtern ausgestattet, ergänzte Linkmann.

Der Kieler Militärdekan Armin Wenzel sprach sich ebenfalls für die Beibehaltung der Zahl der Seelsorger in der Bundeswehr aus. „Fest steht, dass die Militärseelsorge nicht linear mit der Bundeswehr abbauen kann, da sie bei der jetzt bereits dünnen Personaldecke mit der Versorgung der Auslandseinsätze an die Grenzen der Belastbarkeit kommt.“ Derzeit seien 20 Pfarrer auf evangelischer Seite im Verlauf eines Jahres durch die Begleitung der Bundeswehrmissionen im Ausland eingebunden.

Gegen Spekulationen zur künftigen Zahl der Militärgeistlichen hatte sich bereits vor wenigen Tagen der katholische Militärgeneralvikar Walter Wakenhut gewandt. „Da die Militärseelsorge in ihrer Organisation den Streitkräften folgt, werden wir - möglichst im ökumenischen Gleichklang - die Militärseelsorge den durch die

Strukturreform bedingten Vorgaben anpassen“, sagte Wakenhut bei der Gesamtkonferenz der katholischen Militärgeistlichen in Berlin. Er fügte hinzu, das gelte für alle Ebenen - von den Militärpfarrämtern über die Dekanate bis zur Kurie des katholischen Militärbischofs in Berlin.

Deutsche Bischöfe fahren zu 90 Prozent klimabelastende Dienstwagen

Umweltorganisation untersuchte CO₂-Ausstoß - Reaktionen

Berlin (epd). Die Dienstwagen der deutschen Bischöfe sind nach einer Untersuchung der Deutschen Umwelthilfe zu 90 Prozent klimaschädlich. Nur vier der 46 befragten Kirchenoberhäupter nutzten einen Dienstwagen, dessen CO₂-Ausstoß unter dem seit 2008 geltenden EU-Zielwert von 140 Gramm pro Kilometer liegt, sagte Geschäftsführer Jürgen Resch am Dienstag in Berlin. Bei den anderen liege der Emissionswert ihrer Limousinen zwischen 20 und 60 Prozent darüber.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) verwies auf die Rahmenverträge mit den Autoherstellern: „Im Blick auf die Dienstwagen müssen wir abwägen zwischen verantwortlichem Umgang mit den uns anvertrauten Kirchensteuermitteln und den Notwendigkeiten des Umweltschutzes“, heißt es in der EKD-Reaktion. Die Verträge seien darauf ausgerichtet, beidem so gut wie möglich Rechnung zu tragen. Technische Fortschritte im Blick auf die Umweltfreundlichkeit würden in die Auswahl der Dienstwagen einbezogen.

An der freiwilligen Untersuchung der Umwelthilfe beteiligten sich nach Angaben von Resch 80 Prozent aller Befragten. Nur acht machten keine Angaben, darunter Landessuperintendent Martin Dutzmann von der Lippischen Landeskirche. Im Vergleich dazu hatten bei einer entsprechenden Umfrage unter den deutschen Dax-Konzernen nur 15 Prozent der Angesprochenen geantwortet.

Die klimafreundlichsten Dienstwagen fahren derzeit die Präsidentin der Bremischen Evangelischen Kirche, Brigitte Boehme, Präses Alfred Buß von der westfälischen Kirche, Bischof Karl-Hinrich Manzke von der evangelischen Landeskirche Schaumburg-Lippe und der Bischof der evangelischen Landeskirche in Braunschweig, Friedrich Weber. Bei ihren Wagen liegt der CO₂-Ausstoß pro Kilometer zwischen 128 und 134 Gramm.

Der badische Landesbischof Ulrich Fischer, dem die Umweltschützer eine „Rote Karte“ für „Übermotorisierung und zu hohe CO₂-Emissionen“ zeigten, wies darauf hin, dass bei der Erhebung nur der Schadstoffausstoß, nicht aber die tatsächliche Nutzung der Dienstwagen berücksichtigt werde. Fischer besitzt eine Netzkarte der Bahn und fährt grundsätzlich 2. Klasse, wie die Landeskirche mitteilte. „Ich bin überzeugter Bahnfahrer“, ergänzte der Bischof, der von seinem Wohnort mit

der Bahn nach Karlsruhe fährt und dann vom Hauptbahnhof zu seinem Dienstsitz radelt.

Am schlechtesten schneiden die Dienstwagen des katholischen Essener Bischofs Franz-Josef Overbeck und des hannoverschen Landesbischofs Ralf Meister ab. Ihre VW Phaeton stoßen jeweils 224 Gramm CO₂ pro Kilometer aus. Bischof Meister kündigte an, dass künftig nach Alternativen gesucht werde, da die Leasingverträge nicht langfristig liefen: „Das ist eine Situation, die wir kritisch wahrnehmen.“

Insgesamt zählt die Umwelthilfe 18 Dienstwagen auf, die mit Werten ab 172 Gramm übermotorisiert und klimaschädlich sind. Weitere 16 liegen mit Werten zwischen 148 und 168 Gramm pro Kilometer in der Mitte. Darunter ist auch der Wagen des EKD-Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider. Als Präses der rheinischen Kirche nutzt er einen BMW der 5er-Reihe, der 160 Gramm CO₂ ausstößt.

„Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst“, sagte der Sprecher des Berliner Bischofs, Volker Jastrzembski. Für Bischof Markus Dröge, der mit seinem BMW 530d jährlich 45.000 Kilometer zurücklege, sei der Wagen zugleich sein „rollendes Büro“ und müsse deshalb einen gewissen Komfort bieten. Grundsätzlich gebe es die Vorgabe in der Landeskirche, dass alle Dienstreisen mit der Bahn zurückgelegt werden sollen, ergänzte Jastrzembski.

Ein schlechtes Vorbild ist laut Resch zudem die mitteldeutsche Bischöfin Ilse Junkermann. Die evangelische Theologin habe in diesem Jahr intensiv für eine kirchliche Kampagne zu „Klimawandel und Lebenswandel“ geworben, sei aber zugleich nach Auslaufen ihres Leasingvertrages auf einen 245 PS starken BMW umgestiegen, der das Klima mit 180 Gramm CO₂ stärker belastet als der Vorgängertyp.

„Der Autositz ist mein Bürostuhl“, sagte Bischöfin Junkermann. Wegen der Gefahr eines Bandscheibenvorfalles solle die Lehne des Rücksitzes auf ärztlichen Rat hin rückenfreundlich und verstellbar sein. Leider sei kein anderes Modell gefunden worden, das diese Voraussetzungen bietet, argumentierte die Theologin.

Foto abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Zahl der über 80-Jährigen steigt bis 2030 rasant an

Gütersloh (epd). Die Zahl der über 80-Jährigen wird einer Studie zufolge bis 2030 bundesweit um fast 60 Prozent zunehmen. Durch die rasante Zunahme der Hochbetagten stünden Städte und Gemeinden vor sehr großen Herausforderungen, erklärte die Bertelsmann Stiftung am Mittwoch bei der Vorstellung der Studie „Wegweiser-Kommune“ in Gütersloh.

Kirchen

Gesellschaft

Gesellschaft

Die Entwicklung verläuft den Angaben zufolge regional recht unterschiedlich. Im Internet können Daten und Fakten zu den Auswirkungen des demografischen Wandels für alle Kommunen ab 5.000 Einwohnern abgerufen werden.

Die Bevölkerungsprognose zeige, wo sich die Kommunen auf steigenden Bedarf an Pflegekräften und auf eine Anpassung der Pflegestruktur einstellen müssten, erklärte Stiftungsvorstand Brigitte Mohn. Starke Zunahme unter Hochbetagten bis 2030 errechnete die Stiftung etwa für Brandenburg und Berlin mit jeweils mehr als 90 Prozent, Mecklenburg-Vorpommern (80 Prozent) und Schleswig-Holstein (77 Prozent).

Im Mittelfeld lägen die südlichen Bundesländer Baden-Württemberg (66 Prozent) und Bayern (64 Prozent). Vergleichsweise moderat falle der Anstieg der über 80-Jährigen außer in Nordrhein-Westfalen auch in Rheinland-Pfalz (48 Prozent), Hamburg (44 Prozent), Bremen (42 Prozent) und dem Saarland (41 Prozent) aus.

Vor allem die Zahl der sehr alten Männer nimmt stark zu. Deren Zahl wird sich den Angaben zufolge bis 2030 mehr als verdoppeln (plus 103 Prozent). Die Zahl der über 80-jährigen Frauen steigt dagegen nur um knapp 40 Prozent an. Besonders stark wirkt sich die Alterung der Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und Thüringen aus. Hier wird die Hälfte der Bevölkerung in knapp 20 Jahren älter als 54 Jahre sein. Bundesweit werde die Hälfte der Bevölkerung dann älter als 49 Jahre sein.

Internet: www.wegweiser-kommune.de

Bundesregierung will 2012 Demografiestrategie vorlegen

Berlin (epd). Die Bundesregierung will im Frühjahr 2012 eine Demografiestrategie vorstellen. Sie soll konkrete Vorschläge für Bund, Länder und Kommunen sowie für die Wirtschaft und die Gewerkschaften zum Umgang mit den demografischen Veränderungen enthalten, teilte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am Mittwoch in Berlin im Anschluss an die Kabinettssitzung mit. Friedrich legte dem Kabinett den ersten Demografiebericht der Bundesregierung vor.

Der Gefahr von Versorgungs- und Mobilitätsengpässen aufgrund des demografischen Wandels müsse rechtzeitig begegnet werden, sagte der Minister. Aus dem Demografiebericht geht hervor, dass die Bevölkerungszahl in Deutschland von derzeit 81,7 Millionen auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 sinken wird. Zugleich wird der Anteil der älteren Menschen deutlich steigen.

In dem Bericht werden vier Ziele genannt: die Chancen eines längeren Lebens zu nutzen, die Wachstumsperspektiven zu stärken, die soziale Gerechtigkeit zu erhalten und die Handlungsfähigkeit des Staates zu bewahren.

Urteil: Ausweisung von Muslim nicht rechens

Leipzig (epd). Ein Mitglied einer umstrittenen islamischen Vereinigung darf nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Deutschland bleiben. Wie die Richter in Leipzig am Dienstag mitteilten, ist die geplante Ausweisung des Mannes aus Bosnien-Herzegowina nicht rechens. Er sollte aufgrund seiner Zugehörigkeit zu „Tablighi Jamaat“ (Gemeinschaft der Verkündigung und Mission) die Bundesrepublik verlassen. Damit bekräftigten die Bundesrichter ein entsprechendes Urteil des Verwaltungsgerichtshofs in München. (AZ: BVerwG 1 C 13.10)

Zwar hätten Einzelne die Organisation für terroristische Zwecke missbraucht, aber sie sei insgesamt nicht als Vereinigung einzustufen, die den Terrorismus unterstützt, befanden die Bundesrichter. Zudem könne dem Kläger persönlich nichts vorgeworfen werden.

„Tablighi Jamaat“ wurde nach Angaben des Verwaltungsgerichtshofes im Jahr 1926 im damaligen Britisch-Indien als islamische Erweckungs- und Missionierungsbewegung gegründet. Sie hat weltweit zehn bis zwölf Millionen Anhänger und vertritt eine wörtliche Auslegung des Koran und der Sunna. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz wirft der Vereinigung vor, sie bereite den Nährboden für den gewaltbereiten Extremismus. Aus ihren Reihen seien zahlreiche militante Terroristen hervorgegangen.

Kolat schlägt Förderung für Ausbildungsplätze von Migranten vor

Berlin (epd). 50 Jahre nach der Anwerbung von Gastarbeitern ist nach Ansicht der Türkischen Gemeinde die Arbeitsplatzsuche das größte Problem für junge Migranten in Deutschland. Türkischstämmige Frauen und Männer hätten kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt, sagte der Bundesvorsitzende des Dachverbandes, Kenan Kolat, am Mittwoch in Berlin. Die Politik müsse mehr Anreize schaffen und die Bildung der Kinder und Enkel von ehemals türkischen Zuwanderern stärker in den Blick nehmen.

In diesem Zusammenhang wandte sich Kolat scharf gegen das geplante Betreuungsgeld für Familien, die ihre Kinder zu Hause erziehen. „Wir appellieren an türkische Familien, ihre Kinder in die Kita zu geben“, sagte Kolat. Er sei überzeugt, dass Kinder mit Migrationshintergrund davon profitierten. Das Betreuungsgeld sei dagegen kontraproduktiv.

Vor allem aber müssten Anreize für Unternehmen geschaffen werden, damit diese türkischstämmige Jugendliche ausbilden, sagte Kolat. Denkbar sei eine Quote oder eine Bezuschussung aus öffentlichen Kassen für Ausbildungsplätze. „Wir

Gesellschaft

müssen innovativ denken, um den jungen Menschen eine Perspektive zu bieten“, sagte Kolat. Andernfalls „haben wir die Sozialhilfeempfänger der Zukunft“.

Insgesamt zog der Bundesvorsitzende der türkischen Interessengemeinschaft eine positive Bilanz über das Zusammenleben von Deutschen und Türken in der Bundesrepublik. Am 30. Oktober 1961 vereinbarten die Türkei und Deutschland ein Anwerbeabkommen, in dessen Folge im ersten Jahrzehnt Zehntausende Türken zum Arbeiten in die Bundesrepublik kamen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts leben heute 2,5 Millionen türkischstämmige Menschen in Deutschland.

Die politische, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe dieser Menschen sei gelungen, sagte Kolat. Er verwies dabei unter anderem auf 27 Landtagsabgeordnete, 15 Richter und 5 Staatsanwältinnen mit türkischen Wurzeln in Deutschland. Zudem steige die Zahl türkischstämmiger Jugendlicher, die die Schule mit Abitur abschließen. „Den Diskussionen, die davon ausgehen, dass alles immer schlimmer wird, kann ich deshalb nicht folgen“, sagte Kolat.

Jugend-Wettbewerb „Heimat Almanya“ mit 200 Teilnehmern

Berlin (epd). Mehr als 200 Jugendliche haben sich am Wettbewerb „Heimat Almanya- Zeig uns dein Deutschland“ beteiligt. 50 Jahre nach Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens seien auch die meisten Kinder der dritten und vierten Generation in Deutschland wirklich angekommen, sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), bei der Preisverleihung am Dienstag in Berlin. Die Beiträge der Jugendlichen hätten eines gemeinsam, ihren Optimismus.

Anlässlich des 50. Jahrestags des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens hatte die Staatsministerin Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund dazu aufgerufen, sich kreativ mit dem Thema „Heimat“ zu beschäftigen. Sie konnten Videos, Audioaufnahmen, Texte oder Bilder einreichen. Böhmer hatte die zehn erfolgreichsten Wettbewerbsteilnehmer und ihre Familien zur Ehrung nach Berlin eingeladen. Hauptgewinnerin ist die 16-jährige Schülerin Azize Avci aus Bad Hersfeld (Hessen), die mit ihrer Familienchronik „Deutsch und Türkin“ sowohl im Online-Voting als auch bei der Jury begeistert habe. Sie erhält einen viertägigen Kulturtrip nach Istanbul. Den zweiten Platz erhielt die Rap-Formation CUP, DIIN, C-O, EX & K.E.:Y. aus Raunheim (Hessen) mit ihrem Video „Toleranz“. Der Textbeitrag des 19-jährigen Mazlum Kadah aus Langwedel (Niedersachsen) schaffte es auf den dritten Platz.

Intenet: www.heimat-almanya.de

Gesetz zur Kohlendioxid-Speicherung geht in Vermittlungsausschuss

Berlin (epd). Zur Rettung des Gesetzes zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid hat die Bundesregierung den Vermittlungsausschuss angerufen. Das beschloss das Kabinett am Mittwoch in Berlin. Der Gesetzentwurf zur Erprobung der sogenannten CCS-Technologie (Carbon Dioxide Capture and Storage) war im September im Bundesrat gescheitert.

Die Länderkammer hatte den Entwurf abgelehnt, wegen der Uneinigkeit der Länder aber entschieden, nicht den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anzurufen. Vor allem SPD-geführte Länder haben Vorbehalte gegen die sogenannte Länderklausel.

Mit CCS wollen Energiekonzerne Kohlendioxid (CO₂), das etwa beim Betrieb von Kohlekraftwerken entsteht, abscheiden und unterirdisch speichern. Die Bundesregierung will die unterirdische Lagerung in Deutschland bis 2017 erproben und damit eine entsprechende EU-Richtlinie umsetzen. Der Bundestag verabschiedete Anfang Juli mit den Stimmen der Koalition das CCS-Gesetz.

Darin wird den Ländern für die kommenden sechs Jahre ein Vetorecht eingeräumt. Somit könnten die Länder durch eigene Gesetze bestimmen, dass eine Erprobung und Demonstration der dauerhaften Speicherung nur in bestimmten Gebieten zulässig ist.

Proteste gegen Patent auf Brokkoli

München/Brüssel (epd). Ein breites Bündnis aus Umweltschützern, Landwirten und Entwicklungsaktivisten protestiert gegen Patente auf Brokkoli und andere Pflanzen. Unter dem Motto „Stoppt Patente auf Leben“ versammelten sich am Mittwoch Demonstranten vor dem Europäischen Patentamt in München. Das Amt soll in Kürze darüber entscheiden, ob ein 2002 erteiltes Patent auf eine Brokkoli-Sorte widerrufen wird. Kritiker wie Greenpeace und Misereor gehen davon aus, dass dies nicht geschieht - die Streitparteien, mehrere Großkonzerne, sollen den Konflikt mittlerweile unter sich gelöst haben.

Das Patentamt hatte im Dezember 2010 schon eine bedeutende Teilentscheidung in dem Fall getroffen. Demnach sind konventionelle Zucht-Verfahren mit gewissen technischen Elementen nicht patentierbar. Nicht angetastet wurden allerdings bestehende Patente auf konventionell gezüchtete Gemüse - darüber wird jetzt befunden. Der Nutzer des Brokkoli-Patents, die US-Firma Monsanto, wirbt damit, dass sein Produkt besonders gut für die Gesundheit sei.

Gesellschaft

Gesellschaft

Die Beschwerdeführer Syngenta und Limagrain sollen das Patent inzwischen akzeptiert haben. „Es ist unmoralisch, Lebensmittel durch Patentmonopole künstlich zu verknapfen und zu verteuern“, sagte die Entwicklungsexpertin Kerstin Lanje von Misereor. Die Organisationen warnen unter anderem, dass die konventionelle Züchtung schleichend in die Hand von Monopolisten übergehe. Die Verbraucher müssten höhere Preise zahlen und hätten zugleich weniger Auswahl. Gegen Patente wehren sich auch Bauern-Organisationen wie der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter.

Auch der Deutsche Bauernverband (DBV) wandte sich am Mittwoch strikt gegen Patente auf Tiere und Pflanzen: Das Patentamt müsse den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen, so der Verband in Berlin. Außerdem müssten die EU-Biopatentrichtlinie und der Entwurf der EU-Patentverordnung geändert werden. „Langfristig fordert der DBV die Abschaffung von Patenten auf Pflanzen und Tiere – kurzfristig müssen jedoch zumindest die für Landwirte und Züchter wichtigen Ausnahmen erhalten bleiben.“

Wann genau das Patentamt über den Brokkoli befindet, steht noch nicht fest. Für den 8. November wird eine Entscheidung in einem ähnlich gelagerten Fall erwartet - dabei geht es um ein Patent auf konventionell gezüchtete Tomaten.

Prüfer kritisieren Verstöße bei jedem vierten Lebensmittel-Betrieb

Berlin (epd). Die amtliche Lebensmittelüberwachung der Länder hat im vergangenen Jahr in jedem vierten kontrollierten Betrieb Verstöße festgestellt. Wie das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit am Mittwoch in Berlin mitteilte, betrafen die meisten Beanstandungen wie in den Vorjahren die Betriebshygiene.

Insgesamt gab es im vergangenen Jahr 921.000 Inspektionen in rund 538.000 Betrieben. Damit sei knapp die Hälfte aller Betriebe (43 Prozent) in Deutschland kontrolliert worden, die Lebensmittel herstellen, bearbeiten oder verkaufen.

Bei etwa 26 Prozent der kontrollierten Unternehmen (rund 139.000 Betriebe) stellten die Prüfer Verstöße fest. Entsprechende Maßnahmen seien eingeleitet worden, hieß es dazu. Neben der allgemeinen Betriebshygiene bemängelten die Kontrolleure „Mängel im Hygienemanagement“ sowie bei der Kennzeichnung und Aufmachung der Lebensmittel. Von den rund 408.000 untersuchten Proben seien etwa 55.000 Proben (13,5 Prozent) beanstandet worden. Betriebe mit einem höheren Risiko seien öfter inspiziert worden.

Die höchste Beanstandungsquote gab es mit jeweils 19 Prozent bei alkoholischen Getränken (außer Wein) sowie bei Fleisch-, Wild- und Geflügel-Erzeugnissen.

Bei Milch und Milchprodukten wurde etwa jede siebte Probe beanstandet (13,8 Prozent), bei Getreide und Backwaren lag die Quote bei 12,3 Prozent sowie bei Obst und Gemüse bei 7,9 Prozent. Jede zweite Beanstandung bezog sich auf Mängel bei der Kennzeichnung.

Gericht hält „Rammstein“-Album nicht für jugendgefährdend

Köln (epd). Das Verwaltungsgericht Köln hält das Musikalbum „Liebe ist für alle da“ der Gruppe „Rammstein“ nicht für jugendgefährdend. Mit ihrem am Dienstag verkündeten Urteil gaben die Kölner Richter einer Klage der Rechteinhaberin Universal Music GmbH gegen die Indizierung des Albums durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien statt. Die grundgesetzlich geschützte Kunstfreiheit der Musikgruppe sei nicht ausreichend berücksichtigt worden, befand das Gericht. (Az.: 22 K 8391/09)

Die Bundesprüfstelle hatte im November 2009 das gesamte Album in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen. Die Prüfer beanstandeten das Lied „Ich tu dir weh“, das darstelle, wie ein Mensch einen anderen quäle und ihm ohne jegliches Mitgefühl schwerste Verletzungen zufüge. Als jugendgefährdend stufen sie zudem eine Abbildung im Booklet der CD ein, die einen Mann zeigt, der im Begriff ist, eine nackte Frau zu schlagen.

Dieser Argumentation folgte das Gericht nicht. Die notwendige Abwägung zwischen der Kunstfreiheit und der Jugendgefährdung sei nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden. Damit bestätigten die Kölner Richter ihre bereits im 31. Mai 2010 ergangene Eilentscheidung, die den Vertrieb des Albums vorläufig ermöglicht hatte (Az.: 22 L 1899/09).

Gegen die Entscheidung ist Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Münster möglich.

Falsches Schachspiel bei Schmidt und Steinbrück

Hamburg (epd). Eine Schachpartie ziert den Titel des neuen Buches „Zug um Zug“ von Altkanzler Helmut Schmidt und Ex-Finanzminister Peer Steinbrück. Doch die beiden SPD-Politiker spielen offensichtlich falsch, wie das „Hamburger Abendblatt“ (Mittwochausgabe) herausfand: Das Spielbrett auf dem Foto ist um 90 Grad gedreht. Der rechte Turm von Steinbrück steht auf einem schwarzen Feld - nach den Regeln müsste es ein weißes sein.

Der Anspruch des Buches sei, die Ordnung aller Welt samt ihrer Euro-Schirme zu erklären - aber schon die Anordnung der 64 schwarz-weißen Felder des

Spielbrettes auf dem Titelbild sei „handwerklich schlecht ausgeführt“, heißt es in dem Bericht. Zwar hätten es beide Spieler beim Schach zu durchaus „anererkennungswerten Fähigkeiten“ gebracht. Dennoch müsse vor Folgeschäden des Farbdrehers gewarnt werden - wie bei Loriots „Das Bild hängt schief“.

Rentenbeitrag könnte 2012 leicht sinken

Berlin (epd). Wegen hoher Rücklagen in der Rentenversicherung wird der Rentenbeitrag im kommenden Jahr voraussichtlich von 19,9 auf 19,6 Prozent sinken. Das geht aus dem Haushaltsplan der Rentenversicherung hervor, den das Kabinett am Mittwoch in Berlin beraten hat. Die endgültige Entscheidung wird im November getroffen. Zum 1. Januar 2013 könnte der Beitrag auf 19,2 Prozent gesenkt werden.

Nach den Berechnungen des Schätzerkreises werden die Rücklagen der Deutschen Rentenversicherung zum Jahresende 2011 bereits 1,38 Monatsausgaben umfassen. Nach den gesetzlichen Vorgaben ist eine Beitragssenkung zwingend geboten, wenn die Grenze von 1,5 Monatsausgaben überschritten ist.

Für die Beitragszahler bedeute die Beitragssenkung eine große Entlastung, sagte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß (CDU). Gleichzeitig zeige sich daran, dass das System der gesetzlichen Rentenversicherung trotz der Finanzkrise eines der stabilsten und sichersten Systeme in Europa sei. Von der Senkung des Beitragssatzes seien nachhaltige Impulse für eine wirtschaftliche Belebung und für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Bahr lehnt steuerfinanzierte Pflegeleistungen ab

Kassel (epd). Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) lehnt es strikt ab, die Pflege schwerstkranker Menschen aus Steuermitteln zu finanzieren. „Dafür ist die Pflegeversicherung da“, sagte Bahr am Dienstag bei der Eröffnung der Richterwoche des Bundessozialgerichts in Kassel. Damit stellte er sich gegen Vorschläge der CSU, die ein „Bundesleistungsgesetz“ anstrebt. Danach sollen die Hilfen für schwerstpflegebedürftige und -behinderte Menschen aus dem Steueraufkommen bezahlt werden.

Die Bürger müssten mehr Eigenvorsorge treffen, um die Pflegebedürftigkeit im Alter finanziell abzusichern, sagte der Minister. Nur so könne das Gesundheits- und Sozialsystem aufrecht erhalten werden. Auf der bis zum 27. Oktober dauernden Richterwoche in Kassel diskutieren rund 400 Sozialrechts-Experten über Entwicklungen und Probleme im deutschen Gesundheits- und Sozialsystem.

Gesellschaft

Soziales

Kindergeld für junge „Bufdis“

Berlin (epd). Allen Teilnehmern am neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) soll rückwirkend und künftig Kindergeld gezahlt werden, wenn sie jünger als 25 Jahre sind. Das beschlossen der Finanz- und der Familienausschuss des Bundestags am Mittwoch in Berlin. Der Bundestag wird diese Regelung voraussichtlich noch in dieser Woche verabschieden.

Mit dieser Änderung werde der BFD dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr gleichgestellt, erklärte die jugendpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Dorothee Bär (CSU). Die Regelung werde zu einem weiteren Anstieg der Bewerber im Bundesfreiwilligendienst führen.

Drei Monate nach dem Start des BFD am 1. Juli haben nach Angaben des Bundesfamilienministeriums rund 20.000 Frauen und Männer den neuen Dienst angetreten, der den Zivildienst abgelöst hat. Ziel der Bundesregierung sind 35.000 Bundesfreiwillige im Jahresdurchschnitt. Das soll in einem Jahr erreicht sein. Die neuen Freiwilligen sollen die Zivildienstleistenden zumindest teilweise ersetzen. 2010 waren im Jahresdurchschnitt noch 45.000 Zivis aktiv.

Ein hart erkämpfter Traumjob für Melanie

Evangelische Gemeinde schafft Alternativen zur Behindertenwerkstatt

Von Bettina von Clausewitz (epd)

Essen (epd). Einen Job im Traumberuf zu finden, das ist für jeden Schulabgänger eine schwierige Sache. Für junge Menschen mit einer Behinderung und dem Abschluss an einer Förderschule aber liegen die Hürden noch höher. Davon könnte Melanie Reifenberg viel erzählen, die trotz Down-Syndrom nicht in eine Werkstatt für Behinderte wollte, sondern hartnäckig an ihrem Traum festgehalten hat. „Ich wollte immer in die Kita und mit Kindern was machen. Das mach ich jetzt auch!“, sagt sie. Auch wenn sie im Moment nicht viel Lust auf Interviews hat.

Denn seit im September in der ARD die Dokumentation „Behindert. Was darf ich werden?“ über Melanie Reifenberg gelaufen ist, in der sie als bundesweiter „Präzedenzfall“ in Sachen freie Berufswahl beschrieben wird, ist sie eine gefragte Gesprächspartnerin. Ebenso wie ihre Mutter Ingrid Reifenberg und die Kindertagesstätte im Familienzentrum der Evangelischen Jona-Kirche Essen-Heidhausen, wo sie arbeitet. In dem Film erzählen sie von den bürokratischen Hürden bei den Franz Sales Werkstätten für Behinderte Menschen in Essen und beim Landschaftsverband Rheinland (LVR), die der 27-Jährigen den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt fast verbaut hätten.

Soziales

Soziales

Dabei ist das Reden nicht so sehr Melanies Sache. Die junge Frau will viel lieber ungestört mit ihren Kindern in der Turnhalle spielen, hier in der Jona-Kindertagesstätte, wo sie zuerst Praktika gemacht hat und seit 2007 als pädagogische Hilfskraft beschäftigt ist. „Jetzt will ich wieder meine Ruhe haben“, sagt sie kurz angebunden und wendet sie sich ihren Kids im Bällchenbad zu: „Soll ich mit reinkommen?“ - „Ja!“ schallt es ihr entgegen.

Schuhe aus und mit großem Hallo landet Melanie im Pool, voller Power und mit derselben Begeisterung wie die Vierjährigen. Auch wenn ihre Autorität unverkennbar ist: „Zack, zack, aufräumen!“ ordnet sie wenig später an, und die Kleinen tun was sie sagt. „Behinderte Menschen haben eine größere Nähe zu den Kindern, sie bringen für uns alle viel Wärme und Zuneigung mit“, sagt Kita-Leiterin Sandra Mintrop.

Vor zehn Jahren wurde das Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) verabschiedet, ein Durchbruch für die Gleichstellung und Inklusion behinderter Menschen. Darin wird auch das Recht auf freie Berufswahl festgeschrieben. Trotzdem arbeiten 95 Prozent der Behinderten nach wie vor in Werkstätten mit oft monotoner Tätigkeit. Nur in Einzelfällen wie bei Melanie etwa haben die hier zuständigen Franz Sales Werkstätten einem „Außenarbeitsplatz“ zugestimmt.

Ein Recht auf freie Berufswahl - dafür kämpfen Melanie und ihre Mutter schon seit sechs Jahren gemeinsam mit der Jona-Gemeinde. Dort gibt es in Zusammenarbeit mit einer Elterninitiative seit 2010 auch ein Haus mit betreutem Wohnen für zehn behinderte Menschen: die Jona-WoGe, in der Melanie lebt.

„Wir sind nicht die Speerspitze der Anti-Werkstattbewegung, bei uns geht es hier zunächst um den Einzelfall“, betont Pfarrer Klaus Baltes. Andere Menschen seien in der Werkstatt mit ihren klaren Abläufen gut aufgehoben. „Aber Melanie wollte raus. Das ist ein evangelisches Anliegen für uns: die Gestaltungsfreiheit einzelner zu stärken.“

Außer Melanie arbeiten noch zwei weitere junge Frauen mit Behinderung hier. „Wenn die drei nicht da wären, würde ganz viel fehlen“, findet Kita-Leiterin Sandra Mintrop, die Integration für selbstverständlich hält.

Internet: www.jona-kirche-essen.de

Foto abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Vorstandschef Weber verlässt Gesundheitskonzern Agaplesion

Frankfurt a.M. (epd). Der Vorstandsvorsitzende des evangelischen Gesundheitskonzerns Agaplesion, Bernd Weber, scheidet aus dem Unternehmen aus. Der 1945 in Rockenhausen/Pfalz geborene Bankkaufmann und Betriebswirt verlässt die in Frankfurt am Main ansässige gemeinnützige Aktiengesellschaft zum 31. März 2012 auf eigenen Wunsch, teilte Agaplesion-Pressesprecherin Verena Kämpgen am Mittwoch mit. Eine Nachfolgeregelung gebe es noch nicht.

Weber leitete das Unternehmen seit seiner Gründung im Jahr im 2002. Zuvor war er Geschäftsführer der Frankfurter Diakonie-Krankenhäuser Markus und Bethanien. „Mir fiel es nicht leicht, diese Entscheidung zu treffen“, kommentierte Weber seinen Rückzug. „In den vergangenen zehn Jahren bei Agaplesion und insgesamt 40 Jahren Führungsverantwortung in der Diakonie durfte ich vieles mitgestalten - es war eine erfüllte Zeit. Jetzt wird der private Bereich mehr zu seinem Recht kommen.“

Reinhard R. Theysohn, Vorsitzender des Aufsichtsrates, dankte Weber für seine Verdienste: „Bernd Weber hat in den vergangenen Jahren die Vision des Unternehmens, christliche Werte mit wirtschaftlichem Handeln zu verbinden, gelebt und somit die Agaplesion AG zum Erfolg geführt.“

Zur gemeinnützigen Aktiengesellschaft Agaplesion (griechisch: Liebe den Nächsten) gehören nach Unternehmensangaben rund 80 Einrichtungen, darunter 22 Krankenhäuser sowie 32 Wohn- und Pflegeeinrichtungen. In ihnen arbeiten rund 12.000 Frauen und Männer. Der Jahresumsatz liegt bei 620 Millionen Euro.

Internet: www.agaplesion.de

Brandenburg plant Landesausstellung zu Sachsen und Preußen

Potsdam (epd). Brandenburg plant 200 Jahre nach der Neuordnung Preußens und Europas auf dem Wiener Kongress 2014 erstmals eine eigene Landesausstellung. Thema der Dokumentation mit mehreren hundert Exponaten im Schloss und Kloster Doberlug sind die zugleich von Partnerschaft und Rivalität geprägten historischen Beziehungen zwischen Sachsen und Preußen, sagte Brandenburgs Kulturministerin Sabine Kunst (parteilos) am Dienstag im Anschluss an den Kabinettsbeschluss in Potsdam.

Soziales

Kultur

Kultur

Bis zum Wiener Kongress nach den Napoleonischen Kriegen gehörte rund ein Drittel des heutigen Landes Brandenburg zu Sachsen. Der Wiener Kongress begann im September 1814 und endete im Juni 1815. Als Ergebnis gingen unter anderem weite Teile Sachsens, insbesondere der Niederlausitz, der Oberlausitz und Kursachsens an Preußen.

In der Ausstellung, an der sich wissenschaftliche und kulturelle Institutionen aus beiden Bundesländern beteiligen, sollen „unentdeckte Schätze aus 400 Jahren brandenburgisch-preußischer und sächsischer Geschichte“ gezeigt werden, sagte Kunst. Dazu soll bis 2013 für rund 1,7 Millionen Euro ein Museumsbereich im Schloss Doberlug entstehen.

Mit der Ausstellung solle die „Kulturgeschichte der wechselseitigen Beziehungen“ zwischen Sachsen und Preußen vorgestellt werden, betonte Kurt Winkler, Direktor des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam, das das Projekt vorbereitet. Themen sind unter anderem die konfessionellen Auseinandersetzungen und der Aufstieg Kursachsens und Kurbrandenburgs im 16. und 17. Jahrhundert, der Griff beider Staaten nach der Königswürde im 18. Jahrhundert und das Aufgehen beider Länder in einer größeren politischen Einheit bei der Reichseinigung im 19. Jahrhundert.

Dabei sollen auch Klischees und Vorurteile, die Entwicklung der Kunst sowie der Umgang mit Minderheiten wie Juden und Sorben in den Fokus rücken, sagte Winkler. In einer „Parade preußisch-sächsischer Grenzgänger“ werden Persönlichkeiten wie Fürst Hermann von Pückler-Muskau (1785-1871), der Komponist Carl Heinrich Graun (1704-1759) und Anna Constantia von Cosel (1680-1765) vorgestellt, eine Mätresse des sächsischen Königs, die nach der Flucht nach Preußen wieder nach Sachsen ausgeliefert wurde.

Die erste brandenburgische Landesausstellung soll im Sommer 2014 gezeigt werden. Die Kosten in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro sollen nach Ministeriumsangaben je zur Hälfte von öffentlichen sowie von privaten Trägern und Kulturstiftungen finanziert werden. Das Land will rund 950.000 Euro beisteuern.

Neuausgabe von Goethes Schriften zur Naturwissenschaft

Weimar/Halle (epd). Die kommentierte Neuausgabe der naturwissenschaftlichen Schriften von Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832) ist nach 70 Jahren abgeschlossen. Die 21 Text- und Kommentarbände mit mehreren Unterbänden werden am 4. November bei einem Festakt der Leopoldina im Weimarer Stadtschloss präsentiert, teilte die Nationale Akademie der Wissenschaften am Mittwoch in Halle mit. Die Gesamtausgabe wurde ununterbrochen von der Leopoldina betreut.

Den Angaben zufolge bietet die Edition dem Leser erstmals sämtliche Texte des Leopoldina-Mitglieds Goethes zur Naturwissenschaft. Die Arbeiten werden in chronologischer Abfolge dargestellt sowie in das jeweilige zeitliche Umfeld eingeordnet und erläutert. Damit ersetze die historisch-kritische Leopoldina-Ausgabe die zweite Abteilung der Weimarer Sophienausgabe von Goethes Schriften nach neuen Standards.

Internet: www.leopoldina.org

Kulturrat kritisiert Deutsche Welle wegen Kurzwellen-Abschaltung

Berlin/Bonn (epd). Der Deutsche Kulturrat hat kritisiert, dass die Deutsche Welle die Kurzwellenübertragung ihres deutschsprachigen Programms einstellt. „Kein anderer Frequenzbereich weist eine solch große Reichweite auf und kein anderes Medium kann so autonom von Deutschland aus in die Welt strahlen“, sagte der Geschäftsführer des Kulturrats, Olaf Zimmermann, am Dienstag in Berlin. Auch das Internet sei keine sichere Alternative zur Kurzwelle, da es durch Eingriffe in den Empfängerländern zensiert, behindert und sogar vollkommen abgeschaltet werden könne.

Die Deutsche Welle beendet zum 29. Oktober wie angekündigt die Übertragung ihres Programm in deutscher Sprache über Kurzwelle. „Gerade in einer Zeit der gesellschaftlichen Umbrüche, nicht nur im arabischen Raum, ist es fahrlässig, auf ein solches autonomes Übertragungsmedium wie die Kurzwelle für die Ausstrahlung des deutschsprachigen Programms zu verzichten“, sagte Zimmermann.

Der Sprecher der Deutschen Welle, Johannes Hoffmann, wies die Kritik zurück. „Auch die Verbreitung über Kurzwelle kann gezielt gestört werden.“ Umgekehrt sei es für Hörer häufig möglich, Internetzensur zu umgehen. „Die Deutsche Welle geht mit der Zeit und passt sich an die veränderten Nutzungsbedingungen an“, sagte Hoffmann dem epd.

Zudem betonte der Sprecher, der Sender stelle die Kurzwellenübertragung keineswegs komplett ein. Betroffen sei aktuell das Programm in deutscher Sprache. In den vergangenen Monaten sei außerdem die Verbreitung in Russisch, Indonesisch und Farsi beendet worden. „Für eine ganze Reihe von Sprachen, darunter Chinesisch, Hausa und Kiswaheli behalten wir die Kurzwellenübertragung bei“, sagte Hoffmann.

Die Einstellung der Kurzwelle ist Teil einer größeren Reform beim deutschen Auslandsrundfunk. Deren Ziel ist die multimediale Ausrichtung des Senders sowie die Konzentration auf bestimmte Kernaufgaben und die Schwerpunktregionen

Kultur

Medien

Subsahara-Afrika, Nahost, Iran und Nordafrika, China, Südasien und Afghanistan, Russland und Lateinamerika. Beim Fernsehen setzt die DW auf eine engere Zusammenarbeit mit ARD und ZDF sowie Partnersendern im Ausland.

Medien

Google-Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin eröffnet

Berlin (epd). Das vom Internet-Konzern Google finanzierte Forschungsinstitut für Internet und Gesellschaft an der Berliner Humboldt-Universität ist am Dienstag offiziell eröffnet worden. Ziel des interdisziplinär ausgerichteten Instituts sei es, die vom Internet ausgehenden Veränderungen der Gesellschaft besser zu verstehen, erklärte Google-Vizepräsident David Drummond zur Eröffnung in Berlin.

Google will das „Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft“ in den ersten drei Jahren mit insgesamt 4,5 Millionen Euro unterstützen. Gründungsgesellschafter sind neben der Humboldt-Universität, die Universität der Künste Berlin sowie das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Das Hamburger Hans-Bredow-Institut ist Kooperationspartner. Die Forschungseinrichtung startet mit zunächst vier leitenden Wissenschaftlern, darunter zwei Juristen und jeweils ein Politologe und Informatiker.

Um die Unabhängigkeit des Instituts sicherzustellen, sollen von Beginn an zwei Gesellschaften gegründet werden, hieß es bei Bekanntgabe der Institutsgründung im Sommer. Eine Fördergesellschaft soll die Finanzierung des Wissenschaftsbetriebs gewährleisten, das Forschungsinstitut selbst sei davon unabhängig und bestimme Inhalt und Ziele seiner Arbeit. Ein wissenschaftlicher Beirat werde die Forschungsarbeit kritisch begleiten. Für weitere Kooperationspartner und Förderer sei das Institut offen.

Die beteiligten Hochschulen und das Wissenschaftszentrum werden jeweils einen Direktorenposten mit eigenen Wissenschaftlern besetzen. Hinzu kommt ein Mitarbeiter vom Hamburger Hans-Bredow-Institut für Medienforschung. Außerdem sollen weitere Doktoranden am Institut arbeiten. Zu den Forschungsthemen sollen unter anderem Innovation, Medienpolitik sowie Rechtsphilosophie und Verfassungsrecht zählen. Dabei soll großer Wert auf die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft gelegt werden.

Zur Eröffnung des Instituts kommen ab Mittwoch rund 250 Wissenschaftler zu einem dreitägigen internationalen Symposium in Berlin zusammen. Unter dem Motto „Exploring the Digital Future“ sollen aktuelle Fragen zur Informationsgesellschaft wie etwa die sogenannten Sozialen Medien wie Facebook diskutiert werden.

Internet: www.internetundgesellschaft.de

Geschäftsführer des MDR-Fernsehballetts wird abgemahnt

Leipzig (epd). Die Gesellschafter des Deutschen Fernsehballetts haben dessen Geschäftsführer Bodo Bergmann abgemahnt. Man missbillige ausdrücklich den Auftritt einiger Mitglieder des Ensembles in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny Anfang Oktober, teilte der über seine Drefa Media Holding zu 40 Prozent am Fernsehballett beteiligte MDR am Dienstag in Leipzig mit. Zugleich fordere man Bergmann dazu auf, zukünftig mit „höchstmöglicher Sorgfalt“ die Veranstalter vor der Annahme von Auftrittsangeboten zu prüfen.

Mehrere Tänzer des Fernsehballetts waren Anfang Oktober auf der Geburtstagsfeier des Präsidenten der russischen Teilrepublik aufgetreten. Ramsan Kadyrow steht wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen international stark in der Kritik. Die sechs Mitglieder des Balletts hatten für ihren Auftritt, der laut MDR als Einweihung eines Gebäudes angekündigt war, ein marktübliches Honorar im vierstelligen Bereich erhalten.

Die Gesellschafter kritisierten zudem, dass Bergmann „unmittelbar nach der Veranstaltung, als das Schadensausmaß erkannt werden konnte“, nicht den Kontakt zu den Gesellschaftern gesucht habe. Daher müsse in Zukunft auch die interne Kommunikation verbessert werden.

Bergmanns klares Statement, alles dafür tun zu wollen, „die künstlerischen Leistungen des Balletts keinesfalls politisch instrumentalisieren zu lassen“, habe die Gesellschafter dazu veranlasst, ihm weiterhin das Vertrauen auszusprechen. Den Vorschlag des scheidenden MDR-Intendanten Udo Reiter, die Gage für die Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ in vollem Umfang zu spenden, nehme man auf.

Papst ruft zu Solidarität mit Asylsuchenden auf

Rom (epd). Papst Benedikt XVI. hat zu mehr Anstrengungen bei der Integration von Flüchtlingen aufgerufen. Deren Leiden fordere die einzelnen Staaten und die internationale Gemeinschaft dazu auf, Ängste zu überwinden und Diskriminierungen zu vermeiden, heißt es in der am Dienstag im Vatikan veröffentlichten päpstlichen Botschaft zum Weltflüchtlingstag 2012. Solidarität mit Flüchtlingen müsse sich verstärkt in geeigneten Aufnahmestrukturen äußern. Die Flüchtlinge seien auf Verständnis und Aufnahmebereitschaft angewiesen.

In seiner Botschaft schreibt Benedikt, dass zahlreiche Migranten aus christlich geprägten Ländern in weitgehend säkularisierten Staaten den Kontakt zur Kirche verlören. Christliche Zuwanderer und Flüchtlinge lebten vielfach in Ländern, in

Medien

Ausland

denen sie in der Minderheit seien oder in denen ihre Religion kein gemeinsames Bekenntnis mehr darstelle, sondern auf einen kulturellen Faktor reduziert werde.

„Unsere Zeit ist geprägt von Versuchen, Gott und die Lehre der Kirche aus dem Horizont des Lebens zu entfernen“, fügte das Kirchenoberhaupt hinzu. Der Papst empfahl zudem den Ortskirchen, die christliche Botschaft auch jenen Migranten zu verkünden, die bislang noch nicht mit ihr in Kontakt gekommen seien. Für diese Aufgaben müssten „neue Sprachen und Methoden“ gefunden werden.

Die katholische Kirche feiert den Welttag des Migranten und Flüchtlings am 15. Januar 2012. Der Papst wählte dafür in seiner Botschaft das Motto „Migration und Neuevangelisierung“.

Lutherischer Weltbund: Kirchen sollen sich für Freiheit einsetzen

Genf (epd). Anlässlich des Reformationstages am kommenden Montag hat der Lutherische Weltbund (LWB) seine Mitgliedskirchen zum Einsatz für die Freiheit aufgerufen. Freiheit sei eines der zentralen Themen der lutherischen Theologie, schreibt LWB-Generalsekretär Martin Junge in einem am Dienstag in Genf veröffentlichten Brief an die 145 Mitgliedskirchen. Christen sollten sich aktiv für die Freiheit der Nächsten engagieren.

Der chilenische Theologe wies zugleich darauf hin, dass eine falsch verstandene Freiheit für Menschen und Schöpfung schwerwiegende Folgen haben könne. Am Reformationstag (31. Oktober) erinnern Protestanten in aller Welt an den Beginn der Reformation durch Martin Luther (1483-1546). Der Lutherische Weltbund repräsentiert 70 Millionen Christen in 79 Ländern.

EU geht schärfer gegen synthetische Drogen vor

Straßburg/Brüssel (epd). Angesichts des rasanten Vormarsches neuer synthetischer Drogen bereitet die EU-Kommission schärfere Gesetze gegen die gefährlichen Rauschmittel vor. „Immer mehr neue Drogen kommen auf den Markt – in den vergangenen zwei Jahren ist wöchentlich eine neue Substanz aufgetaucht“, sagte EU-Justizkommissarin Viviane Reding am Dienstag in Straßburg. Die Kommission werde daher in den kommenden Monaten Gesetzesvorschläge präsentieren. Dabei solle es unter anderem um Verbote und Beschränkungen des Internethandels gehen.

Zu den synthetischen Drogen gehören unter anderem Ecstasy und Spice, aber auch zahlreiche unbekanntere Designerdrogen. Die Dealer bedienten sich im-

Ausland

mer häufiger des Internets, unterstrich Reding. Generell will die EU-Kommission den grenzüberschreitenden Drogenhandel konsequenter bekämpfen und dabei auch die strafrechtliche Verfolgung verschärfen. Sie will auch mehr Möglichkeiten schaffen, Gewinne aus Drogengeschäften zu beschlagnahmen.

EU-Pläne für Grenzen: Datenbank statt Stempel im Pass

Straßburg/Brüssel (epd). Der bunte Stempel im Pass soll für Reisende mit Ziel Europa bald Vergangenheit sein. Die EU will ihre Grenzen mittels moderner Technologie „intelligenter“ machen, wie Innenkommissarin Cecilia Malmström am Dienstag in Straßburg erläuterte. Der Kommissarin schwebt unter anderem ein System zur Ein- und Ausreise mit elektronischer Datenbank vor. In dieser soll genau festgehalten werden, wann und wo der Reisende in die EU gekommen ist und wie lange er sich rechtmäßig dort aufhalten darf.

Die Daten sollen Grenzkontroll- und Einwanderungsbehörden zur Verfügung gestellt werden. Malmström hat mit ihrem Vorschlag nicht zuletzt die illegale Einwanderung im Blick: „Das System würde eine Warnung an die zuständigen Behörden senden, wenn zum Ende des legalen Aufenthalts keine Ausreise registriert wurde.“ In den EU-Mitgliedsländern gebe es erhebliche Informationslücken bei dieser Problematik, unterstrichen Experten der Kommission. „Das erschwert Abschiebungen und eine faktenbasierte Grenz- und Visapolitik.“

Als zweite Neuerung schlägt Malmström ein eigenes Registrierungsprogramm für Vielreisende vor. Geschäftsleute oder Angehörige von EU-Bürgern könnten so in den Genuss vereinfachter Kontrollen kommen und über spezielle automatische Schranken in die EU einreisen, so die Schwedin. Eine Modernisierung der Grenzen sei dringend nötig: Allein an den europäischen Flughäfen werde die Zahl der Reisenden bis 2030 voraussichtlich um 80 Prozent zunehmen.

Beim Aufbau und der Nutzung der neuen Systeme würden Datenschutzprinzipien respektiert, versichert die Kommission. Die Details würden auch mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten diskutiert. Bei den Malmström-Vorschlägen handelt es sich zunächst einmal um Strategiepapiere. Konkrete Gesetzesvorschläge will die Kommissarin zu einem späteren Zeitpunkt präsentieren.

Historiker gewinnt Menschenrechts-Prozess gegen Türkei

Straßburg/Brüssel (epd). Ein deutsch-türkischer Geschichtswissenschaftler hat einen Prozess gegen die Türkei wegen schwerer Verletzung der Meinungsfreiheit gewonnen. Der Wissenschaftler, der in Ankara lebt und sich intensiv mit dem Völkermord an den Armeniern während der osmanischen Herrschaft beschäftigt,

Ausland

Ausland

erhielt am Dienstag vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte recht. Die Straßburger Richter kritisierten insbesondere den türkischen Strafrechtsartikel 301 zur „Herabsetzung der türkischen Nation“. Der Historiker lebe in konstanter Angst vor Strafverfolgung aufgrund seiner Ansichten. (AZ: 27520/07)

Die türkische Justiz hatte im Jahr 2006 drei Verfahren gegen den Historiker eröffnet, diese aber wieder eingestellt. Der Artikel 301 wurde später überarbeitet, womit die Türkei unter anderem einer Forderung der Europäischen Union nachkam. Der Artikel sei dennoch „nach wie vor eine Bedrohung für die Meinungsfreiheit“, unterstrich das Gericht. Auf seiner Grundlage seien auch nach der Abänderung viele Prozesse eröffnet worden, was auch die türkische Regierung einräume.

Die Strafverfolgung sei immer noch zu sehr vom politischen Willen der Regierung abhängig, rügte das Menschenrechtsgericht. Es erinnerte in seinem Urteil an den Mord an dem Schriftsteller Hrant Dink im Jahr 2007. Dink war ebenfalls wegen seiner Ansichten zur Armenier-Thematik juristisch belangt und auch verurteilt worden. „Nach Ansicht vieler hat das Stigma dieser Verurteilung bewirkt, dass Dink zum Ziel von Extremisten wurde“, unterstrich das Gericht.

Südafrika verbietet unchristlichen Deo-Werbepot

Johannesburg (epd). In Südafrika darf ein Werbefilm für Männer-Deodorant nicht mehr ausgestrahlt werden, weil er Christen beleidigen könnte. Ein Zuschauer hatte sich bei der Werbeaufsicht beschwert, der Fernseh-Spot verletze seine religiösen Gefühle, wie die südafrikanische Zeitung „Mail and Guardian“ am Mittwoch berichtete. In dem Werbespot fallen weibliche Engel vom Himmel, weil sie von dem Deogeruch eines Mannes angezogen werden.

„Das Problem ist weniger, dass Engel in dem Werbespot vorkommen, als dass sie ihren himmlischen Status für irdische Begierden aufgeben“, erklärte die südafrikanische Werbeaufsicht. Auch wenn es sich um eine Übertreibung handle, könne die Darstellung von gefallen Engeln die religiösen Gefühle von Christen verletzen. Der Werbespot der Marke Axe endet mit den Worten: „Selbst Engel werden fallen.“

Rund 76 Prozent der Südafrikaner gehören nach Angaben des Auswärtigen Amts einer christlichen Kirche an. Die meisten besuchen unabhängige afrikanische Gemeinden.

Die Geburt des Siebenmilliardsten

Ende Oktober erreicht die Weltbevölkerung die Sieben-Milliarden-Marke

Von Jan Dirk Herbermann (epd)

Genf (epd). Seit Monaten schon stimmen die Vereinten Nationen die Menschheit auf den großen Tag ein. Am kommenden Montag (31. Oktober) soll es soweit sein. Eines der vielen Tausend Kinder, die auf die Welt kommen, wird nach Schätzungen der UN der siebenmilliardste Erdenbürger sein. „Wir müssen diesem Kind und seiner ganzen Generation eine lebenswerte Zukunft geben“, mahnt UN-Generalsekretär Ban Ki Moon. Doch der Junge oder das Mädchen wird in eine Welt hineingeboren, in der Hunderte Millionen Menschen Mangel erleiden.

Und: Wir werden immer mehr. Bis zum Ende des Jahrhunderts werden nach UN-Prognosen zehn Milliarden Kinder, Frauen und Männer leben. „Die Bevölkerung wächst in den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt am schnellsten“, erläutert die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung. So werde sich wahrscheinlich die Zahl der Einwohner in den 50 ärmsten Ländern der Welt (LDC) von heute rund 830 Millionen auf 2,7 Milliarden im Jahr 2100 fast vervierfachen.

„Die starke Bevölkerungszunahme bringt enorme Herausforderungen mit sich - der Druck auf die Gesundheits- und Bildungssysteme und auf die Ernährungslage wird steigen“, betonen die Experten der Stiftung Weltbevölkerung. Mit anderen Worten: Mit der Bevölkerung wächst die Armut. Besonders schwer haben es die Menschen in Afrika, in Ländern wie Äthiopien, Somalia oder dem Niger. Aber auch in asiatischen und lateinamerikanischen Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum kämpfen die Menschen gegen Armut und Hunger.

Im Jemen etwa bedroht der Hunger nach jüngsten UNICEF-Berechnungen ein Drittel der 24 Millionen Einwohner. Weit mehr als die Hälfte aller jungen Leute von 15 bis 24 Jahren haben keinen Job, das Personal in den wenigen Krankenhäusern ist hoffnungslos überfordert. Wie andere bitterarme Länder fällt Jemen durch eine hohe Geburtenrate auf: Jede Frau bringt im Durchschnitt 5,1 Kinder zur Welt. „Diese Kinder werden ins Elend hineingeboren“, konstatiert Geert Cappelaere, der Jemen-Beauftragte des UN-Kinderhilfswerkes.

Auch weltweit scheint der Kampf gegen das Elend nicht schnell genug voranzuschreiten. Die Zahl der Hungernden stieg laut Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO zwischen 2008 und 2010 von 850 Millionen auf 925 Millionen. Global fristen rund eine Milliarde Menschen ein Leben in extremer Armut mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag.

Besonders entmutigend sind die Zukunftsperspektiven der heranwachsenden Generation: Nach sehr konservativen Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) finden 75 Millionen oder 13 Prozent der jungen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren keinen Job. Die Dunkelziffer liegt weit höher. „Millionen Ju-

Entwicklung

gendliche rund um die Welt empfinden Frust und Wut“, betont ILO-Direktor Manuel Salazar-Xirinachs. Mit Prognosen zu der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit bei steigender Weltbevölkerung hält sich der ILO-Experte jedoch zurück.

Wie aber sollen die Regierenden auf das Bevölkerungswachstum reagieren? Die Politik müsse mehr Frauen den Zugang zu Verhütungsmitteln ermöglichen, sagt Tanja Kiziak vom Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Etwa 215 Millionen verheiratete Frauen in armen Ländern hätten keine Möglichkeit, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Zudem fordert Kiziak mehr Investitionen in die Bildung junger Frauen. Gebildete Frauen wüssten besser, „wie sie die Überlebenschancen ihrer Kinder erhöhen können“. Dennoch gibt sich die Demografie-Expertin optimistisch: „Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos.“

Empirisch nachgewiesen ist, dass die hohe Geburtenrate in vielen armen Ländern Folge der hohen Kindersterblichkeit ist. Der schwedische Bevölkerungswissenschaftler Hans Rosling erklärt den Zusammenhang so: „Nur in wirklich armen Teilen der Welt gebären Frauen fünf oder sechs Kinder. Nicht weil sie sich große Familien wünschen, sondern weil sie damit rechnen müssen, dass jedes zweite oder dritte Kind stirbt.“

Grafik abrufbar unter www.epd-bild.de und Tel.: 069/58098-197

Geburt des siebenmilliardsten Menschen tatsächlich Ende Oktober?

Berlin (epd). Niemand kann wissen, wann genau die Weltbevölkerung sieben Milliarden erreicht. Der 31. Oktober 2011 ist ein symbolisches Datum, das die Vereinten Nationen festgelegt haben.

Es beruht auf Schätzungen der UN-Bevölkerungsabteilung, die sich auf die jüngsten Volkszählungen, Bevölkerungsregister und andere Datenquellen beziehen. Diese Daten werden seit den 50er Jahren aufbereitet und gelten als verhältnismäßig genau. Auf ihrer Basis lässt sich berechnen, an welchem Datum die Welt eine bestimmte Bevölkerungszahl erreicht.

Allerdings können schon kleine Fehleinschätzungen große Unterschiede ausmachen. Geht man davon aus, dass die Bevölkerungszahl ein Prozent höher oder niedriger liegt, würden die sieben Milliarden ein halbes Jahr früher oder später erreicht. Angesichts mangelnder Statistiken in vielen Entwicklungsländern könnte die Abweichung sogar deutlich höher liegen.

Die erste Milliarde erreichte die Weltbevölkerung den Schätzungen zufolge im Jahr 1800. Bis zum Jahr 1927 waren es zwei, 1960 drei Milliarden. 1974 wurden

vier und 1987 fünf Milliarden Menschen gezählt. Im Jahr 1999 übersprang die Zahl der Menschen auf der Erde die Sechs-Milliarden-Grenze.

UN: Bevölkerungswachstum erschwert Armutsbekämpfung

Berlin (epd). Der bevorstehende Anstieg der Weltbevölkerung auf sieben Milliarden Menschen ist aus Sicht von UN- und Nichtregierungsorganisation dringender Anlass zum Handeln. Notwendig seien mehr Investitionen in die Zukunft junger Menschen sowie die Gleichstellung von Frauen, sagte der Direktor der Technischen Abteilung des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), Werner Haug, am Mittwoch in Berlin. Die Stiftung Weltbevölkerung forderte mehr Ausgaben für die Familienplanung.

Anlass war die Vorstellung des UNFPA-Weltbevölkerungsberichts „Sieben Milliarden Menschen und Möglichkeiten“. Am 31. Oktober kommt nach UN-Schätzungen der siebenmilliardste Mensch auf die Welt. Die Sechs-Milliarden-Grenze war im Jahr 1999 erreicht worden. Schätzungen zufolge könnte die Weltbevölkerung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts auf mehr als zehn Milliarden steigen.

Nach Angaben Haugs gibt es trotz der wachsenden Zahl von Menschen auf der Erde deutliche Erfolge: So lebten die Menschen heute im Durchschnitt länger und gesünder als je zuvor. Zugleich sei aber die soziale Ungleichheit fast überall größer geworden. In Ländern mit hohem Bevölkerungswachstum und niedrigem Einkommen sei es besonders schwer, ein funktionierendes Bildungs- und Gesundheitswesen aufzubauen, ergänzte Haug.

Laut Weltbevölkerungsbericht ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 48 Jahren Anfang der 50er Jahre auf 68 im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts gestiegen. Die Säuglingssterblichkeit sank im selben Zeitraum von 133 Todesfällen pro 1.000 Geburten auf 46 pro 1.000 Geburten. Knapp die Hälfte der Weltbevölkerung ist unter 24 Jahre alt.

Die Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung, Renate Bähr, sagte, bisher habe sich kein Land ohne Investitionen in die Familienplanung aus der Armut befreien können. Dennoch seien die weltweiten Ausgaben in diesem Bereich in den vergangenen zehn Jahren deutlich gesunken. Die internationale Gemeinschaft müsse pro Jahr rund fünf Milliarden Euro bereitstellen, um den Bedarf an Familienplanung zu decken. Dies sei etwa doppelt so viel wie derzeit. Bähr kritisierte auch, dass die Bundesregierung ihre Mittel für den UN-Bevölkerungsfonds im kommenden Jahr um 1,5 Millionen auf 14,2 Millionen kürzen wolle.

Das weitere Bevölkerungswachstum könne alle bisherigen Erfolge in der Entwicklung infrage stellen, warnte der Staatssekretär im Bundesentwicklungsministerium, Hans-Jürgen Beerfeltz. Ohne eine Verlangsamung könnten die Millenniumsziele

zur Halbierung von Hunger und Armut nicht erreicht werden. Das Ministerium verdoppele seine Investitionen in den Bereich Familienplanung und Gesundheit 2001 auf 85 Millionen Euro, betonte Beerfeldt.

Entwicklung

Bevölkerungsexpertin: Offenheit für Verhütung in Afrika wächst

epd-Gespräch: Jasmin Maxwell

Frankfurt a.M. (epd). Das Bevölkerungswachstum erschwert nach Ansicht von Demografie-Expertin Renate Bähr die Armutsbekämpfung in armen Ländern. Ende Oktober sollen nach UN-Schätzungen sieben Milliarden Menschen auf der Erde leben. In Afrika bekommen Frauen im Durchschnitt mehr als vier Kinder. Nicht immer sei das gewollt, sagt die Geschäftsführerin der Stiftung Weltbevölkerung. Es fehle an Verhütungsmitteln und Aufklärung. In den letzten Jahren ist nach Bährs Ansicht die afrikanische Politik jedoch offener für Verhütung geworden. In Familien und Schulen sei Sexualität aber noch immer ein Tabu.

epd: Die Weltbevölkerung steigt am 31. Oktober auf sieben Milliarden Menschen - ein Grund zur Freude oder zur Sorge?

Renate Bähr: Das ist eine wichtige Marke, die uns zu denken geben sollte angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen. Denn sieben Milliarden Menschen brauchen Ernährung, Bildung und Gesundheitsversorgung. Und das ist eine Zahl, die die Erde nicht tragen könnte, wenn alle diese Menschen so leben würden wie wir in Industrieländern.

epd: Muss das Bevölkerungswachstum also begrenzt werden?

Bähr: Es muss auf vielen Ebenen gearbeitet werden. Das fängt an bei unserem Lebensstil, den wir ändern müssen. So wie wir leben, vernichten wir zu viele Ressourcen. Und das geht bis zu der Frage, wie wir das Bevölkerungswachstum stabilisieren oder verlangsamen können. Das ist deshalb wichtig, weil das Bevölkerungswachstum eine Herausforderung in punkto Armutsbekämpfung ist. Das sieht man zum Beispiel beim Thema Bildung. Wir haben das Millenniumsentwicklungsziel, Grundschulbildung für alle Kinder bereitzustellen. Um bei den rasant steigenden Schülerzahlen Klassen von höchstens 40 Kindern zu gewährleisten, sind jedes Jahr zwei Millionen Lehrer zusätzlich notwendig.

epd: Das Bevölkerungswachstum findet vor allem in armen Staaten statt. Wünschen sich Frauen in Entwicklungsländern mehr Kinder als Frauen in Industrieländern?

Bähr: Der Wunsch nach mehr als zwei Kindern ist vorhanden. Auf der anderen Seite weisen unzählige Studien nach, dass Frauen in Entwicklungsländern mehr

Kinder bekommen, als sie möchten. Die UN gehen davon aus, dass heute über 200 Millionen Frauen gerne verhüten möchten, aber nicht können. Dieser Bedarf ist da, es fehlt das Angebot.

Eine große Herausforderung ist auch, dass in manchen Entwicklungsländern die Hälfte der Bevölkerung jünger als 18 Jahre ist. Jugendliche werden meist überhaupt nicht über Verhütung informiert. Hierzulande geht eine 16-Jährige zum Arzt und bekommt die Pille verschrieben. So etwas ist in Afrika unmöglich und gesellschaftlich noch sehr schwer durchzusetzen. Traditionell wird in der Familie nicht über Sexualität gesprochen. Auch Lehrer thematisieren Verhütung nur selten. Ein ganz wichtiger Faktor ist Bildung. Ein höherer Bildungsgrad geht mit weniger Kindern einher. Außerdem müssen Frauen gestärkt werden. Wenn Frauen entscheiden könnten, würden sie weniger Kinder bekommen und dazu muss man ihnen die Entscheidungsmacht geben.

epd: Was hat sich in den vergangenen Jahren in Sachen Familienplanung in Entwicklungsländern getan?

Bähr: In den letzten Jahren beobachten wir bei unserer Arbeit in afrikanischen Ländern eine größere Offenheit gegenüber Familienplanung und eine stärkere Förderung durch die Politik. Die Regierungen sehen, dass das Wachstum ihnen weniger nutzt als vielmehr eine große Herausforderung darstellt. Ein Beispiel ist Kenia. Bei einer Volkszählung 2009 wurde festgestellt, dass die Bevölkerung in zehn Jahren von 30 auf 40 Millionen Menschen gewachsen ist. Dort sind Bevölkerungswachstum und Familienplanung derzeit sehr offen in der Gesellschaft diskutierte Themen.

Mehr Franzosen und mehr Briten

Bevölkerungsentwicklung in Industrieländern verläuft sehr unterschiedlich

Von Henning Engelage (epd)

Frankfurt a.M. (epd). Während die Weltbevölkerung immer weiter wächst, geht die Zahl der Bewohner Deutschlands seit Jahren zurück. Bis 2060 werden laut Prognosen des Statistischen Bundesamts nur noch rund 65 bis 70 Millionen Einwohner im Bundesgebiet leben. Es wird dann fast so viele Menschen über 80 Jahren geben wie unter 20-Jährige.

Auch in fast allen Nachbarstaaten wird es zukünftig weniger Einwohner geben. Die Bevölkerung Österreichs geht nach Schätzungen der Vereinten Nationen von 8,1 Millionen Einwohnern im Jahr 2000 auf 7,3 Millionen Einwohner im Jahr 2050 zurück. Die Zahl der Schweizer sinkt im gleichen Zeitraum von 7,1 Millionen auf 5,8 Millionen. Und im östlichen Nachbarland Polen werden anstatt 38,6 Millionen Menschen schätzungsweise nur noch 33 Millionen Menschen leben.

Entwicklung

Entwicklung

In 20 der Mitgliedsländer der Europäischen Union wird die Einwohnerzahl nach den Daten der Vereinten Nationen bis 2050 zurückgehen. Doch zwei der größten EU-Länder werden kräftig zulegen: Frankreich wird den Berechnungen seines Nationalen Statistikinstituts bis 2060 um 8,2 Millionen Einwohner auf 73,6 Millionen wachsen. Derzeit zählt die Grande Nation 65,4 Millionen.

Während Frauen in Deutschland im Schnitt 1,36 Kinder bekommen, liegt die Geburtenrate in Frankreich bei zwei Kindern. Gründe sehen Experten unter anderem in größeren Steuervorteilen und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Erziehung bei den Nachbarn.

Noch schneller wächst die Bevölkerung auf der britischen Insel. Das Nationale Büro für Statistik erwartet für das Vereinigte Königreich einen Anstieg der Bevölkerung um 10,6 Millionen Menschen - bis zum Jahr 2033. Dann würden anstatt der heute 61,8 Millionen Briten 71,6 Millionen Menschen in Großbritannien und Nordirland leben. Gründe für den Anstieg sind zum einen die längere Lebenserwartung, weshalb die Sterberate unter der Geburtenrate liegt. Zum anderen wächst das Vereinigte Königreich auch durch die Einwanderung von Migranten.

Gleiches gilt auch für die größte Wirtschaftsnation der Erde, die USA. Bis zum Jahr 2050 werden mit 129 Millionen Neu-Bewohnern 40 Prozent mehr Menschen im Land der unbegrenzten Möglichkeiten leben als heute. So wird die Einwohnerzahl laut U.S. Census von 310 Millionen auf 439 Millionen ansteigen.

Das liegt jedoch nicht allein an der immer größer werdenden Minderheit der Hispanics, den Menschen mit Wurzeln in Lateinamerika. Mit 132 Millionen Hispanics werden in 40 Jahren zwar fast dreimal so viele Menschen mit Wurzeln in den spanisch- und portugiesischsprachigen Ländern leben als zurzeit. 2010 waren es 49,7 Millionen. Doch auch die weiße und schwarze Bevölkerung der USA wächst.

Anders sieht es in Japan und Russland aus. Nach den UN-Prognosen sinkt in der Russischen Föderation die Bevölkerungszahl beinahe um ein Drittel von heute 142 Millionen bis auf 101 Millionen Menschen im Jahr 2050. Im Inselstaat Japan, immerhin drittgrößte Volkswirtschaft der Welt, werden rund 18 Millionen Menschen weniger leben. Die Einwohnerzahl wird der Prognose zufolge von 127 Millionen im Jahr 2010 auf 109 Millionen in 40 Jahren sinken.

„Ärzte ohne Grenzen“ warnt vor Politisierung der humanitären Hilfe

Berlin (epd). Die humanitäre Hilfe wird nach Einschätzung von „Ärzte ohne Grenzen“ immer mehr für politische Zwecke missbraucht. Das mache die Arbeit von Hilfsorganisationen in Krisengebieten zunehmend schwerer, sagte der Geschäfts-

führer der deutschen Sektion, Frank Dörner, am Mittwoch in Berlin. Zugleich habe die Zahl humanitärer Hilfsaktionen seit den 1990er Jahren stark zugenommen.

Die 1971 von französischen Ärzten gegründete Organisation „Médecins Sans Frontières“ begeht Ende des Jahres in Paris ihr 40-jähriges Bestehen. In ihrem Selbstverständnis ist sie eine humanitäre Organisation, die in Katastrophen-, Kriegs- und Krisenfällen weltweit rein ärztliche Hilfe leistet - bei Wahrung strengster Neutralität. „Diese Neutralität vor Ort hinzukriegen, ist oft schwer“, sagte die langjährige Geschäftsführerin, Ulrike von Pilar.

Besonders problematisch ist laut den „Ärzten“ dabei die Haltung westlicher Regierungen, die sich die humanitären Prinzipien zu eigen machen und sie damit zugleich politisch missbrauchen. „Aussagen wie vom früheren Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD), die Bundeswehr müsse nach Afghanistan, damit sie unsere Mitarbeiter schützen kann, sind für uns eine Katastrophe“, sagte Pilar. Die Erfahrung zeige das Gegenteil. Die Präsenz von westlichen Militär in Krisengebieten mache die Arbeit der „Ärzte ohne Grenzen“ ungleich schwerer.

„Auf der anderen Seite müssen wir auch immer wieder klarstellen, dass wir keine Friedenarbeit und keine Entwicklungshilfe leisten“, sagte Geschäftsführer Dörner. Auch Konfliktlösungen könne die Hilfsorganisation nicht anbieten.

„Ärzte ohne Grenzen“ betreut derzeit in 60 Ländern 427 Projekte. Weltweit arbeiten 30.000 Frauen und Männer in der Hilfsorganisation mit. Die deutsche Sektion verfügt über rund 300 Mitarbeiter, darunter sehr viele junge Mediziner. Eine Mangel bestehe bei erfahrenen Fachärzten und Kräften, sagte Geschäftsführer Dörner. 2010 lag das Spendeneinkommen der deutschen Sektion bei 83 Millionen Euro, weltweit waren es 943 Millionen. Im Jahr 1999 war „Ärzte ohne Grenzen“ mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden.

Internet: www.aerzte-ohne-grenzen.de

Kampf um Platz und Glück in der Großstadt

Bevölkerungswachstum und Landflucht stellen Indien vor große Probleme

Von Agnes Tandler (epd)

Neu-Delhi (epd). Schon in den frühen Morgenstunden bahnen sich Fußgänger, Radfahrer und Straßenhändler mit ihren Karren voll Gemüse oder Getränken einen Weg durch das Meer von Autos, Taxis, Bussen, Lastern und Rikschas. An den Straßenrändern liegen Menschen schlafend in eine Decke oder Planen eingehüllt. Dazwischen streunen Hunde, Kühe und Ziegen auf der Suche nach etwas Essbarem. Platz ist knapp in Indiens Hauptstadt Neu-Delhi. Fast jeder Quadratzentimeter der Metropole ist besetzt. In wenigen Jahren ist die Stadt

zum zweitgrößten Ballungsraum weltweit gewachsen - nach der japanischen Megastadt Tokio-Yokohama.

Delhis moderne Satellitenstädte wie Noida oder Gurgaon haben sich inzwischen so weit ausgedehnt, dass sie oft spurlos in die Hauptstadt übergehen und eine chaotische Mega-Metropole mit etwa 25 Millionen Menschen bilden. Während das weltweite Bevölkerungswachstum um 2050 abflachen soll, wird Indiens Einwohnerzahl weiter ansteigen. Derzeit leben zwischen dem Himalaya Gebirge und dem südlichsten Zipfel am Cap Comorin 1,21 Milliarden Menschen, 17,6 Prozent mehr als vor zehn Jahren.

Den Rang als bevölkerungsreichstes Land wird Indien dem nördlichen Nachbarn China etwa im Jahr 2025 ablaufen, wie das US-Büro für Bevölkerungsstatistik errechnet hat. Zudem wird Indiens Bevölkerung immer jünger - entgegen dem weltweiten Trend. Etwa 2020 wird das Durchschnittsalter bei 29 Jahren liegen. Das südasiatische Land hofft dadurch auf eine „demografische Dividende“: eine Heerschar junger Leute, die auf den Arbeitsmarkt strömen, und so das Wachstum weiter ankurbeln.

Doch das setzt voraus, dass die jungen Inder gut ausgebildet werden, und dass es Jobs für sie gibt. „Es wird ein Gewinn für uns sein, wenn wir die jungen Menschen ausbilden können“, sagt Indiens Bildungsminister Kapil Sibal. Wenn dies aber nicht gelinge, bedeute das niedrige Durchschnittsalter eine Katastrophe.

Nach Sibals Schätzung muss das Land in den kommenden zehn Jahren 500 Millionen Jungen und Mädchen auf einen qualifizierten Beruf vorbereiten. Doch Indiens staatliches Bildungssystem krankt an allen Ecken und Enden: Die Hälfte aller Lehrer an Staatsschulen erscheint erst gar nicht zum Unterricht. Selbst in den Elendsvierteln schicken die Menschen ihre Kinder lieber auf billige Privatschulen. Nur einer von acht Schulanfängern wird alle zwölf Jahre absolvieren. Und nur 13 Prozent aller Jungen und Mädchen in Indien studieren an einer Universität oder Fachhochschule - in China sind es 23 Prozent.

Während die Ausbildung im Reich der Mitte immer besser wird, hinkt der südliche Nachbar hinterher. Besonders auf dem Land ist die Situation dramatisch: Millionen Inder können nicht mehr von der Landwirtschaft leben. Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit treibt immer mehr Menschen in die Städte. Allein Neu-Delhi wächst jährlich um 200.000 Menschen, obwohl die Behörden den Zuzug stark reglementiert haben.

Der indische Publizist Palagummi Sainath spricht von einer „Elends-Migration“. Dabei stützt er sich unter anderem auf die Veränderung der Bus- und Zugverbindungen zwischen dem Land und den Großstädten Indiens in den vergangenen zehn Jahren. Wo 2000 manchmal nur ein Bus pro Woche fuhr, verkehren inzwischen 24 pro Tag. „Doch in den Beschäftigungsstatistiken weist nichts darauf

Entwicklung

hin, dass die Menschen in den boomenden Städten anständige Jobs bekommen“, kritisiert Sainath. Dennoch wächst die Stadtbevölkerung.

Schon jetzt leiden Indiens Städte unter Strom- und Wassermangel, Luftverschmutzung und Verkehrschaos. Um die Metropolen wie Delhi, Mumbai, Kalkutta, Bangalore und Chennai herum wächst ein Gürtel von neuen Trabantenstädte mit schlechter Infrastruktur. Mehr als die Hälfte der Einwohner Delhis lebt in Slums ohne Wasser, Strom oder sanitäre Einrichtungen.

Der tägliche Kampf um Platz und Ressourcen prägt das Stadtbild und führt auch zu anderen unerfreulichen Entwicklungen: Delhi hat die höchste Kriminalitätsrate aller indischer Städte. „Delhi wird als eine reiche Stadt gesehen“, bedauerte kürzlich die Ministerpräsidentin des Bundesstaates Delhi, Sheila Dixit. Das ziehe immer mehr Menschen an. Doch die Fläche der Stadt sei stark begrenzt. „Wir haben keinen Zentimeter Platz mehr.“ Die Politikerin fordert die Gründung neuer Städte in Indien, um den Druck von der Hauptstadt zu nehmen. Doch solange das nicht geschieht, werden täglich neue Menschen nach Delhi kommen, um ihr Glück zu suchen.

Amnesty beklagt Polizeigewalt in Dominikanischer Republik

Frankfurt a.M./Santo Domingo (epd). In der Dominikanischen Republik werden laut Amnesty International immer mehr Menschen in Polizeigewahrsam misshandelt oder willkürlich getötet. Der Polizeiapparat müsse dringend reformiert werden, forderte die Menschenrechtsorganisation in einem am Dienstag (Ortszeit) in der Hauptstadt Santo Domingo veröffentlichten Bericht. Nur ein Bruchteil der Fälle werde untersucht oder vor Gericht verhandelt.

Nach Angaben des dominikanischen Generalstaatsanwalts wurden in diesem Jahr zwischen Januar und Juli 154 Menschen von Polizisten umgebracht, fast 30 mehr als im gleichen Zeitraum im Vorjahr. Zehn Prozent aller 2010 erfassten Morde wurden von Sicherheitskräften begangen. Offiziell handelte es sich meistens um Schusswechsel mit Kriminellen. Forensische Untersuchungen deuten laut Amnesty aber in vielen Fällen darauf hin, dass die Beamten gezielt geschossen haben, um zu töten.

Erschießungen dürften nicht als Abschreckungsmethode eingesetzt werden, warnte die Menschenrechtsorganisation. Daneben würden Menschen in Polizeigewahrsam häufig misshandelt, gefoltert und mit dem Tod bedroht, heißt es in dem Bericht, der den Titel „Halt den Mund, wenn du nicht umgebracht werden willst“ trägt. Den Inhaftierten würden auch Essen, Wasser und Medikamente vorenthalten.

„Die offizielle Sichtweise ist noch immer, dass Menschenrechtsverletzungen von einigen wenigen korrupten oder unprofessionellen Polizisten begangen werden, die schnell zur Verantwortung gezogen werden, aber die Realität sieht anders aus“, sagte Javier Zúñiga, der bei Amnesty für den Karibikstaat zuständig ist.

„Das System für die Untersuchung von Polizeigewalt in der Dominikanischen Republik funktioniert nicht“, beklagte Zúñiga. Es fehle eine klare Regelung, wie mit Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen umgegangen werden soll. Die Sicherheitskräfte seien bei ihrer Arbeit zwar großen Gefahren ausgesetzt, räumte Zúñiga ein. Aber Misshandlungen verstärkten die Gewalt nur.

Impressum

Herausgeber / Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann.
Amtsgericht Frankfurt am Main,
HRB 49081
USt-ID-Nr. DE 114 235 916
GEP-Verlagsleiter: Bert Wegener.
**Chefredakteur der
epd-Zentralredaktion:**
Dr. Thomas Schiller.

epd-Landesdienste: Nord
(Hamburg), Ost (Berlin),
Niedersachsen- Bremen
(Hannover), West (Düsseldorf),
Mitte-West (Speyer), Südwest
(Stuttgart/Karlsruhe), Bayern
(München).

epd-Zentralredaktion
Nachrichtenchef: Karsten Frerichs
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);
Agenturdesk Text: Renate
Kortheuer-Schüring, Stefan Fuhr,
Jürgen Prause; **Kirche u. Politik:**
Rainer Clos (Ltg.), Stephan
Cezanne, Angela Götsche,
Barbara Schneider; **Entwicklung u.
Politik:** Elvira Treffinger (Ltg.),
Natalia Matter; **Sozialpolitik:**
Markus Jantzer (Ltg.), Dirk Baas;
Medien u. Kultur: Diemut Roether
(Ltg.), Ellen Nebel, Michael Ridder.
Bundesbüro Berlin: Jutta
Wagemann, Bettina Markmeyer.

Verlag/Bestellservice:
Tel: 069-58098-0
Fax: 069-58098-226
E-Mail: kundenservice@epd.de
Redaktion:
Tel: 069-58098-333
Fax: 069-58098-122
E-Mail: nachrichten@epd.de.

Erscheinungsweise:
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)
Bezugspreis für die
epd-Zentralausgabe per E-Mail:
monatlich 50 €
Die epd-Zentralausgabe darf nur
mit Zustimmung des Verlags
weiterverwertet, gedruckt, gesendet
oder elektronisch kopiert und
weiterverbreitet werden. Jede
Haftung für technische Mängel oder
Mangelfolgeschäden ist
ausgeschlossen.